

### Die Dienstzeit der Kavallerie.

In der Budgetkommission des Reichstages kam u. a. auch die Frage zur Debatte, ob es nicht ratsam sei, die Dienstzeit bei der Infanterie ganz allgemein auf ein Jahr und bei der Kavallerie auf zwei Jahre festzusetzen. Im Verlauf der Debatte erklärte der preussische Kriegsminister v. Hoeringen: „Die aktive Dienstzeit muß so bemessen sein, daß der Mann als fertiger Soldat in den Beurlaubtenstand übertritt. Beim überausgehenden Eintritt eines Krieges, wo wir sofort vor großen Schlachten stehen werden, müssen die Leute des Beurlaubtenstandes sofort in die Verbände eingeteilt werden und sofort verwendbar sein. Die Verringerung der Dienstzeit der berittenen Truppen ist nicht möglich; die

#### Ausbildung von Mann und Pferd

ist schwieriger geworden. Das Fußgeschick ist sehr in den Vordergrund getreten. Die französische Kavallerie hat eigentlich keine zweijährige Dienstzeit mehr, da sie einen großen Prozentsatz von länger dienenden Leuten hat. Bei der reitenden Artillerie müssen die Leute im Fahren, Reiten und Schießen ausgebildet werden, was in zwei Jahren nicht zu leisten ist. Die Verwendung mehrerer Reiter auf die kurze Ausbildung in der Schweiz ist nicht richtig. Das schweizerische Heer hat andere Aufgaben als das deutsche im Krieg. Den einjährigen Dienst einzuführen, ist nicht möglich, da wir sonst zeitweise keine schlagfertige Armee

haben. Die Schweiz kann sich die kurze Dienstzeit leisten, weil an ihrer Grenze keine kriegerischen Heere stehen, die unter Umständen über sie herfallen. Die Forderung der Wils ist eine rein politische Forderung der Sozialdemokratie. Die Selbstständigkeit im Geschick kann nur durch eine intensive Ausbildung erlangt und gefördert werden. Die Mannschaften werden im Oktober eingestellt und sofort ins Gelände geführt. Parade Drill geschieht überhaupt nicht mehr. Wir haben nur 20 Tage zwischen Entlassung und Einstellung der Mannschaften; diese 20 Tage sind notwendig für die Instandsetzung der Reiter, Bekleidungsstücke usw. Die Zeit der Winterausbildung wird mit vollständigem Erfolg ausgenutzt. Eine Verbesserung durch spätere Einstellung ist nicht möglich, denn dann könnte der Rekrut im Frühjahr bei einer Mobilisierung als verwendbarer Soldat nicht in die Truppenkörper eingestellt werden. 15 000 Einjährige sind in der Armee in jedem Jahr, der jährliche Zugang an Rekruten beträgt 100 000 unter Berücksichtigung des jährlichen Abganges.

#### Strammes Exerzieren

müß gefördert werden, um die Disziplin zu fördern und um die Massen bewegen zu können. Alle Armeen, die kriegerische Ausbildung haben, arbeiten genau so. In der Jugendausbildung muß noch mehr geschehen. Die Armee hat alles getan, um sie zu fördern und zu unterrichten. Erfolge können sich aber erst mit der Zeit zeigen. Die Jugendausbildung soll nur eine Orientierung schaffen für die hohen Anforderungen der Ausbildung in zweijähriger Dienstzeit; deren Herabsetzung kann nicht erfolgen. Die ziffermäßige Überlegenheit über Frankreich haben wir nicht mehr. Wir müssen das durch die bestmögliche Ausbildung ausgleichen, und das wird uns ermöglicht durch unser stärkeres Unteroffizierkorps.“ — Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag auf Herabsetzung der Dienstzeit bei den berittenen Truppen zum 1. Oktober 1915 mit 13 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

\* Kaiser Wilhelm hat den griechischen Ministerpräsidenten Venizelos auf der Insel Korfu in Audienz empfangen und ihm das Großkreuz des Roten Adlerordens verliehen.

\* Wie halbamtlich gemeldet wird, hat sich bereits die Mehrheit der schiffenden Mächte im Grundlag mit der deutschen Anregung ein-

verstanden erklärt, eine Konferenz für das Rettungswesen zur See einzuberufen. Aber den Ort der Konferenz und über den Zeitpunkt ihrer Einberufung haben Verhandlungen noch nicht stattgefunden und sie werden wohl auch nicht eher aufgenommen werden können, als bis alle Antworten auf die deutsche Anfrage eingegangen sind.

\* Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat einen Antrag zum Militärgesetz, nicht zur Wehrochuld, eingebracht, wonach kein Offizier wegen einer gesetzlichen Handlung, also auch wegen Verweigerung des Duells, aus dem Heere entfernt werden darf.

#### Italien.

\* Die Kammer hat grundsätzlich den Wahlreformentwurf, der ein fast allgemeines Wahlrecht einführt und die Zahl der Wähler von drei auf mehr als acht Millionen erhöht, angenommen.

#### Balkanstaaten.

\* Die türkische Regierung hat jetzt antizip in Berlin mitgeteilt, daß sie die Wiedereröffnung der Dardanellen für die neutrale Schifffahrt unter denselben Bedingungen wie vor der Schließung, d. h. mit der Verpflichtung für die Handelsschiffe, sich den Vorschriften des Lotsendienstes zu unterwerfen, beschlossen habe. Die Wiedereröffnung würde erfolgen, sobald die zur Verteidigung ausgelegten Minen gehoben seien. Die Türkei behält sich vor, die Meerengen wieder zu schließen, falls sich die „Notwendigkeit“ hierzu herausstellen sollte.

### Haus dem Reichstage.

Der Reichstag legte am Donnerstag die Beratung des Kolonialgesetzes fort. Staatssekretär Dr. Solf erwiderte auf Ausföhrungen des Abg. Müller-Reinigen vom vorhergehenden Tage, daß die Verwaltung bemüht sei, Jagdgesetzvorhaben zu erfüllen. Die Kritik an der Jagdgesetzgebung sei unbedeutend. Das Haus wandte sich bei Beratung des Gesetzes für Südwestafrika besonders der Diamantenfrage zu. Die Budgetkommission forderte in einer Resolution eine Reform der Diamantenregelung unter Beteiligung der Diamantförderer. Abg. Solf (Soz.) warf der Regierung vor, daß sie Schmutzkonkurrenz treibe und die ganze Produktion lahm gelegt habe. Abg. Ersberger (Zentr.) sprach die Hoffnung aus, daß dem Staatssekretär die Regelung der Diamantenfrage gelingen möge. Nach weiterer Debatte erklärte Staatssekretär Dr. Solf, daß die Regierung nationale Bedürfnisse, wenn irgend möglich, befriedige. Im neuen Verträge sei der Preis verbessert. Der Grund für die Anpreisung mit der Regie sei der, daß Leute keinen Einfluss auf den Abgang der Ware haben, die sie fördern. Abg. Lebedour (Soz.) begründete eine Resolution auf Aufhebung der Verordnung, daß den Eingeborenen die Großbeholdung von der Genehmigung des Gouverneurs abhängig macht. Staatssekretär Dr. Solf lagte eine Abänderung zu. Bei der Beratung des Gesetzes für Samoa stand die von der Budgetkommission beantragte Resolution zur Beratung, durch welche die Gültigkeit der Eben zwischen Weissen und Eingeborenen sicherzustellen. Staatssekretär Dr. Solf dar um Ablehnung der Resolution, während Abg. Lebedour (Soz.) seine Ausführungen bekämpfte.

Am 8. d. Mits. ließen auf der Tagesordnung die Geschäftsordnungsanträge. Staatssekretär Delbrück gibt namens der verbündeten Regierungen die Erklärung ab, daß die Regierung in die Geschäftsordnung, die ein einseitiges Recht des Reichstages darstellt, nicht eingreifen werde, daß sie aber andererseits nur solchen Einrichtungen zustimmen könne, die die verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers und der verbündeten Regierungen nicht beschränken, fernerlei staatsrechtliche Konventionen haben und gegen die Verfassungsbestimmungen nicht verstoßen. Der Reichskanzler sei jedoch bereit, kurze Anfragen zu beantworten, soweit sie den angestrichelten Bedingungen nicht widersprechen und soweit damit nicht in schwebende Angelegenheiten eines Gerichtes, Verwaltungs- oder Disziplinarverfahrens eingegriffen wird.

#### Inhaltlich der kurzen Anfragen

beauftragt die Geschäftsordnungs-Kommission die Einschaltung neuer Paragraphen in die Geschäftsordnung. Danach können die Mitglieder des Reichstages Anfragen an den Reichskanzler stellen, die inhaltlich einzuweisen, dem Reichskanzler unterzügen

sich mitzuteilen und auf die Tagesordnung der nächsten für die Anfragen bestimmten Sitzung zu bringen sind. Am Dienstag und am Freitag jeder Woche darf die erste Stunde auf die Anfragen verwendet werden, wenn die nicht einem Gegenstand der Tagesordnung der Sitzung vorgehen. Eine Beantwortung der Antwort des Reichskanzlers und Anfragen zur Sache sind unzulässig. Der Fragesteller kann sich mit einer schriftlichen Antwort begnügen. Die Konserverpartei und die Reichspartei beantragen, zunächst die weitere Bestimmung zu treffen, wonach zur Ergänzung und Berichtigung der Anfrage der Fragesteller das Wort verlangen kann; die Sozialdemokraten dagegen wollen dieses Recht jedem Mitgliede des Hauses einräumen. Weiter wollen die Konserverpartei und die Reichspartei die Zulässigkeit der Anfragen nur auf solche beschränken, die Tatsachen von allgemeiner Bedeutung aus dem Gebiete der inneren oder äußeren Politik des Reiches zum Gegenstand haben und nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen.

Abg. Gröber (Zentr.) erstattet den Bericht der Kommission. Die Behauptung, mit den kurzen Anfragen beschlicke man eine Verschlebung der Machtverhältnisse zwischen Reichstag und Regierung, ist ein Phantasiegebilde. Präsident Kampe teilt mit, daß über die Anfragen der Konserverpartei namentlich abgemittelt werden soll, jedoch erst an einem späteren Tage.

Abg. Lebedour (Soz.): Die Mitteilungen des Staatssekretärs waren entweder überflüssig oder nicht berechtigt. Niemand beabsichtigt mit diesen Anfragen eine Ausdehnung der Machtbefugnisse des Reichstages. Sollten wir es für nötig, dann werden wir es nicht auf diesem Umwege tun, sondern auf dem direkten Wege des Antrags auf Verfassungsänderung. Der Redner empfiehlt die Anträge seiner Partei und weist auf die günstigen Erfahrungen in England hin.

Abg. Kreis (konl.): Wir sind der Ansicht, daß ohne die Absicht tatsächlich der Erfolg erreicht wird, daß die Rechte des Reichstages auf Kosten der Autorität der Regierung vergrößert werden. Die linksstehende Presse macht ja kein Hehl daraus, daß der ganze Zweck der Aktion eine Vergrößerung des Reichstagsrechts ist. Schon der Jargon für den Reichskanzler oder seinen Vertreter, „zuerst und hauptsächlich hier Rede und Antwort zu geben, ist eine große Befreiung für ihn. Die Links sollte die Sachlage noch einmal prüfen und seine Anträge ändern. Die Erklärung der Regierung deckt sich völlig mit unserem Standpunkt. Der Vergleich mit England ist nicht richtig. Dort ist der Sprecher allmächtig, das wird hier immer verweigert. Ein Sozialdemokrat, wie bei uns, wäre dort unmaßfähr. Würden wir im großen und ganzen mit England tauschen, die Rechte würde bei uns nicht zu kurz kommen. Die Anfragen dürfen nicht in einseitige Verhältnisse eingreifen und nicht in ein schwebendes Verfahren; wenn das selbstverständlich ist, so können Sie es in die Geschäftsordnung ruhig aufnehmen. Wird unter Antrag abgelehnt, dann lehnen wir die kurzen Anfragen ab.

Abg. Visk (nat.-lib.): Die Anträge der Geschäftsordnungs-Kommission entsprechen unseren Wünschen. Sie werden ihnen in vollem Umfange zustimmen und die neuen Anträge von rechts und links ablehnen. Wir erklären in der Einführung der kurzen Anfragen eine Verletzung des parlamentarischen Lebens. Der Sebakonkurrenz mit der Regierung wird dann lebhafter und erfolgreicher werden. Wir haben gewährt, ob eine Schmälerung der Rechte der Regierung vorliegt; dies muß unbedingt vermindert werden.

Abg. Müller-Reinigen (fortfähr. Sp.): Auch wir begründen die Kommissionsbeschlüsse. Von einer Erweiterung der Rechte des Reichstages zum Schaden der andern verfassungsmäßigen Faktoren kann nicht die Rede sein. Der Reichstag hat die Pflicht, einzugreifen, wenn z. B. das Vereinsgesetz mißbraucht wird. Wenn der Reichskanzler sich weigern sollte, so müßte eben das

#### große Geschäft der Interpellation

ausgeführt werden. Die kleinen Anfragen sind sehr beliebt, z. B. in England, Frankreich usw. Man erspart damit die Zeit, macht das Parlament beweglicher und beleiht den Verkehr zwischen Regierung und Parlament und Parlament und Volk. Auch die Regierung hat damit Gelegenheit, rasch Aufklärung zu geben. Um die Frage bald zur Erledigung zu bringen, werden wir alle Abänderungsanträge ablehnen.

Abg. v. Salem (Reichsp.): In England sind in einem Jahre 7000 Anfragen gestellt worden. Das Sollen der schriftlichen Anfragen wäre besser. Auch jetzt kann man von der Regierung schon Rede und Antwort erhalten. Wenn die Antworten, die die Konserverpartei Anträge bringen, abgelehnt werden, lehnen wir auch die kurzen Anfragen ab.

Abg. Bell (Zentr.): In die verfassungsmäßigen Rechte der Regierung oder des Kaisers wird nicht eingegriffen. Wir stehen daher auf dem Boden der

Beschlüsse der Kommission. Anfragen gibt es schon jetzt, z. B. während der Staatsberatung. Neu ist nur die Form.

Abg. Bestatz (konl.): Die kurzen Anfragen werden kein praktisches Institut sein. Wir werden mit Anfragen überflutet werden. Ich behalte mir also den Antrag vor, daß im Interesse der Würde des Hauses die Materie an die Kommission zurückverwiesen wird.

Abg. Müller-Reinigen (fortfähr. Sp.): Früher verhielt sich die Rechte nicht so ablehnend. Jetzt stellt sie auf einmal eine Verfassungsforderung. Ich bitte Sie dringend, es bei dem Kompromiß zu belassen.

Abg. Bell (Zentr.): Da wir den dringenden Wunsch haben, einen positiven Beschluß zu erzielen, ziehe ich meine Anträge zurück.

Abg. Schütz (Reichsp.): Sie scheinen in Reife-Reifung zu sein. Dreizehnhalb Jahre schwebt die Frage, und nun soll sie in einer kurzen Sitzung erledigt werden. Man will in die Rechte der Krone eingreifen. Ich halte die kurzen Anfragen für überflüssig und schädlich. Lehnen Sie es ab, in ein schwebendes Gerichtsverfahren einzugreifen! Sie lösen sonst die Unbefangenheit des Gerichtes.

Abg. Graf Westarp (konl.) beantragt nochmals Zurückweisung bis zur allgemeinen Revision der Geschäftsordnung.

Abg. Graf v. Bosadowsky (b. l. Fr.): Ich halte es für bedenklich, in ein Gerichtsverfahren einzugreifen, auch nachdem das Urteil ergangen ist. Ich lehne von meinem politischen Standpunkte jede Erweiterung der Rechte des Reichstages und jedes Hindernis zum parlamentarischen System ab, weil es nicht der geschichtlichen Entwicklung in Deutschland entspricht, und weil ich ein Parlament für unfähig halte, die Sägel der Regierung zu ergreifen, zumal ein Parlament, das die politische Parteien umfaßt.

Die Aussprache schließt. Die Kommissionsbeschlüsse werden gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Es folgt die Besprechung des zweiten Teiles der Geschäftsordnungsanträge: Anträge bei Interpellationen. Der neue (wichtigste) Paragraph 33 a lautet nach den Beschlüssen der Geschäftsordnungs-Kommission: Bei der Besprechung einer Interpellation können Anträge gestellt werden, die die Feststellung verlangen, daß die Behandlung der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler der Aufklärung des Reichstages entspricht oder daß sie ihr nicht entspricht. Diese Anträge müssen von mindestens 30 anwesenden Mitgliedern unterstützt werden.

Die Konserverpartei und Reichspartei beantragen die Befestigung dieser Bestimmungen.

Abg. Kreis (konl.): Die neuen Bestimmungen bedeuten einen Eingriff in verfassungsmäßige Zustände. Der Reichskanzler soll vom Reichstag abhängig werden. Die neuen Bestimmungen richten sich gegen den Kaiser. Die Autorität der Krone und das Recht der Einzelstaaten soll nicht geschmälert werden. Wir brauchen eine feste Regierung, Autorität, nicht Majorität!

Abg. David (Soz.): Den Grund der Gründe für seine ablehnende Haltung hat der Redner nicht genannt: Sie betreffen die veränderten Regierungen als ihren Exekutivanspruch. Die Rechte hat bisher noch jeden Kanzler geführt. Die Veräußerung aber, es werde eine neue Konstitutionsmöglichkeit geschaffen, ist hinlänglich.

Abg. Junck (nat.-lib.): Wir danken dem Abg. Kreis für den Antrag auf namentliche Abstimmung. Seine Rede war im übrigen bezüglicher für den Gehl, der jeden Fortschritt im Parlament verhindern will.

Abg. Gröber (Ztr.): Wir halten an den Kommissionsbeschlüssen fest und lehnen auch die konserverpartei Abänderungsanträge ab.

Nachdem noch die Abg. v. Salem (Rp.) und Bell (Ztr.) sich für genügt, schließt die Aussprache. Die Abstimmungen, die namentlich sein werden, werden am Mittwoch stattfinden.

Nächste Sitzung Dienstag.

### Von Nah und fern.

Kaiser Wilhelm hat die Farmen Dufden und Rojos im südafrikanischen Bezirke Gibeon für 26 000 Mk. auf den Kauf des gegenwärtig Deutsch-Südwestafrika berechnenden Volkammerates Hedeil angekauft. Die Farmen sollen dem Betrieb der Wollschafzucht dienen. Der Bezirk Gibeon liegt in der Südhalbküste der Kolonie. Gibeon selbst ist Station der Nord-Südbahn, die von Windhuk im Norden nach Keetmansshoop im Süden verläuft. Das Gebiet, um das es sich handelt, ist von den schweren Kämpfen mit den Eingeborenen noch in Erinnerung. Es ist ein steppenreicher Landstrich, der zur Schafzucht sehr geeignet erscheint.

### Siegender Liebe.

6) Roman von Paul Vilk. (Fortsetzung.)

Als man beim Kaffe saß, wollte das Gespräch nicht recht in Gang kommen. Am meisten gestreut, fast wortlos war Elisabeth. Immerfort dachte sie daran, was wohl der Vater denken mußte, wenn er sie mit dem Förster zusammengehen sah.

Traußen auf den Straßen war es nun lebendig geworden. Das ganze Städtchen schien unterwegs zu sein, und alles pilgerte hinaus nach dem Festplatz.

„Sehen Sie doch nur diese Menschenmenge da draußen an!“ sagte Mutterchen, um der schleppenden Unterhaltung eine neue Wendung zu geben.

„Ja, es scheint, als sei kein Mensch zu Hause geblieben,“ sagte heiter der Förster hinzu.

Elisabeth aber ergriff die gute Gelegenheit und sagte:

„Schwellig diese vielen Menschen! Da tut man doch wirklich am besten, man bleibt heute daheim.“

„Ertröden sah der Förster sie an. — „Aber man kann doch dahin gehen, wo nicht so viel Leute sind.“

„Ach, heute sind allenthalben so viel!“ Nun widersprach auch Mutterchen: „Das glaube ich doch nicht, Kind. Die meisten sind auf der Festwiese.“

Da bekam der Förster wieder Mut, lächelnd sagte er:

„Also gehen wir über den Hügel in den Wald. Gehenhanden, Fräulein Elisabeth?“

„Sie zwang sich zur Ruhe und sagte: — „Ich habe es Ihnen ja doch zugesagt, Herr Förster.“

Gleich darauf brachen sie auf. Mutterchen blieb daheim. Als sie dem Grünrod Abien lagte, schüttelte sie ihm sehr herzlich die Hand.

Gebens herzlich dankte er und nickte ihr verständnisvoll zu.

„Bitte, lassen Sie uns am Bach entlang gehen,“ bat Elisabeth, die es vermeiden wollte, die Stadt zu passieren.

„Wie Sie wünschen, Fräulein Elisabeth!“ Er war glücklich, sie endlich für sich allein zu haben.

Langsam gingen sie nebeneinander hin; über ihnen blähten die Weiden, unter ihnen rauschte der murmelnde Bach dahin. Sie waren ganz allein.

Bärtlich sagte er noch ihrer Hand. — „Nun, sehen Sie, hat' ich nicht recht? — Kein Mensch ist hier.“

„Sie nicht nur.“

Da bat er: „Fräulein Elisabeth, was fehlt Ihnen? Sie sind heute ganz anders als sonst.“

Und da tat er ihr leid — sie wußte, wie gut er es mit ihr meinte — und nun zwang sie sich zur Heiterkeit.

„Ich war ein bißchen nachdenklich,“ erwiderte sie, ihm zulächelnd, „entschuldigen Sie, wenn ich unaufrichtig war.“

Innig drückte er ihre Hand. — „Ach ich bin

so glücklich, Fräulein Elisabeth, ich kann es Ihnen gar nicht sagen.“

Still lächelnd sah sie vor sich nieder.

Und begeistert sprach er weiter: „Der schöne Frühlingstag hat mich außer Rand und Band gebracht! Ich könnte laut losjubeln!“

Ein wenig erstaunt sah sie ihn an — nie hatte sie ihn so ausgelassen kennen gelernt. Er merkte ihre Erstaunen. „Heller rief er: „Ich seh' es Ihnen an, Sie wundern sich über mich — aber wenn auch, ich kann nicht anders, ich muß heute so fröhlich sein!“

Mit gutmütigem Lächeln sagte sie: „Aber freuen Sie sich doch, daß es so ist; es gibt doch nichts Schöneres als Fröhlichkeit; ich wünscht, ich hätte ihn auch.“

„Ja, haben Sie ihn denn nicht? Ich dachte, Sie wären sonst immer sehr froh gewesen.“

„Aber immer kann man doch nicht gleich lustig sein, es kommen doch auch Stunden des Nachdenkens.“

„Nun wurde er ganz ausgelassen. — „Sie denken nach? Ah! Gewiß denken Sie an den jungen Mäler.“

Da suchte sie zusammen, entzog ihm die Hand, sah ihn mit erschreckten Augen an und fragte: „Wie kommen Sie denn darauf?“

„Nun, davon spricht doch schon die ganze Stadt,“ erwiderte er heiter, „dem armen Kerl haben Sie doch ganz sicher das Herz gebrochen!“

Sie antwortete nichts, sie sah vor sich hin, und ehe sie es verhindern konnte, kamen ihr die Tränen.

Als er das sah, schwand seine Ausgelassenheit sofort, stehend bat er: „Aber, Fräulein Elisabeth, was sind das nun für Sachen! Sie dürfen so was doch nicht für bare Münze nehmen! Sie haben doch sonst stets einen Spaß verstanden! Na, bitte, nun hören Sie auf zu weinen! Bitte! Ich kann so was nicht mit ansehen!“

Ganz leise sagte sie: „Der junge Mann hat unler Häuschen gemalt. Das ist alles. Dafür kann ich doch nicht!“

„Aber nein! Nein! Das sagt ja auch kein Mensch! Es war doch nur ein schlechter Scherz von mir!“

„Und was die Leute sagen, dafür kann ich doch erst recht nicht!“

„Gewiß nicht! Was geht uns denn auch an, was die dummen Weiber schwatzen! Das kennt man ja zur Genüge! — Na, Fräulein Elisabeth, nun seien Sie mal wieder gut und trocknen Sie die Tränen! Und tragen Sie mir den schönsten Scherz nicht nach, bitte, nein?“

Bärtlich streichelte er ihre weiche Hand.

Sie lächelte schon wieder ein wenig. Sie wußte, daß er es nicht böse gemeint hatte.

„Ich habe Ihnen doch nicht weh tun wollen!“

„Nein, das weiß ich.“

„Dazu habe ich Sie doch viel zu lieb, Fräulein Elisabeth!“

Langsam entzog sie ihm die Hand wieder. Er aber sagte und hielt sie schnell wieder. Und nun sprach er dringlicher: „Ja, Fräulein Elisabeth, ich muß es Ihnen sagen, jetzt, jetzt gleich! Ich habe Sie lieb! Sehr, sehr lieb!“